



≡ Newsletter
Tabea Rößner, MdB



Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Leserinnen und Leser,

ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende, und endlich hat auch der politische Stillstand im Bundestag ein Ende.

Zur aktuellen Lage in der Fraktion: Nach der Ausschussbildung nehmen jetzt auch die Arbeitskreise der Fraktion Form an. Die Themen sind weitgehend aufgeteilt und damit können wir in die Sacharbeit starten. Die Kurzzusammenfassung in eigener Sache: Ich bin auch weiterhin Sprecherin für Medien und zusätzlich Sprecherin für die digitale Infrastruktur und Obfrau im Kultur- und Medienausschuss. Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Fraktion und die neuen und alten Aufgaben!

Ich freue mich, weiterhin die Medienpolitik vertreten zu können. Spannende und herausfordernde Aufgaben warten auf mich, es gibt Handlungsbedarf in vielen Bereichen. So scheint die große Koalition die Pressekrise aussitzen zu wollen, wirkliche Antworten auf drängende Probleme zeigt der Koalitionsvertrag nicht auf. Es wird kein Presseauskunftsgesetz für JournalistInnen geben und das unsinnige Leistungsschutzrecht bleibt weiterhin bestehen. Für den dringend notwendigen Ausbau des schnellen Internets haben sie jetzt im Verkehrsministerium ein Teilressort geschaffen. Das hat aber keinen Gestaltungsspielraum, denn zusätzliches Geld gibt es nicht. Und der Universaldienst, den wir fordern, der kommt natürlich auch nicht.

Da der Bereich digitale Infrastruktur nun beim Verkehrsministerium liegt, habe ich einen stellvertretenden Sitz im Ausschuss für Verkehr und bin Sprecherin für digitale Infrastruktur. Weiterhin sitzen im Verkehrsausschuss jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stephan Kühn, Valerie Wilms, Matthias Gastel und Markus Tressel. Von dort kann ich auch weiterhin das Thema Verkehrslärm begleiten.

Auch wenn ich den Sprecherposten für Demografie abgegeben habe, werde ich weiterhin in Rheinland-Pfalz die Auswirkungen des demografischen Wandels thematisieren. Als Querschnittsthema, das uns alle betrifft, müssen wir hier gemeinschaftlich vor Ort Lösungen finden.

Die Arbeit wird sicherlich nicht immer einfach werden, mit einer riesengroßen Koalition als Gegenüber. Um der #GroKo etwas entgegensetzen zu können, brauchen wir starke GRÜNE auf kommunaler und Landesebene. Deshalb kommt dem vor uns liegenden Kommunalwahlkampf große Bedeutung zu. Ich wünsche Euch daher viel Kraft und vor allem Erfolg! Gerne unterstütze ich Euch bei Euren Planungen und Wahlkampfaktivitäten. Meldet Euch einfach in meinem Büro, wenn ich zu einer Veranstaltung, Aktion oder zum Stand zu Euch kommen soll.

Damit endet eine aufregende Konstituierungsphase. Auch wenn wegen der langen Koalitionsbildung die bundespolitische Arbeit in den vergangenen Monaten gezwungenermaßen auf Sparflamme lief, habe ich dem Ganzen nicht tatenlos zugesehen. Einen Überblick über meine politischen Aktivitäten des Herbstes und einen kurzen Ausblick gibt Euch dieser Newsletter.

Ich freue mich sehr darauf, im neuen Jahr endlich mit ganzer Kraft loslegen zu können. Davor wünsche ich Euch und uns noch eine schöne, erholsame Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Herzliche Grüße



Übersicht

Aus dem Bundestag

- Thematische Zuständigkeiten
- Wofür #GroKo steht, wird sich zeigen
- GroKo und Co
- Landesgruppe Rheinland-Pfalz konstituiert

Medien aktuell

- Schnelles Internet für alle - (K)ein Grundrecht? 3sat zum Breitbandausbau
- Tagesschau-App: Zukunftsgerichtetes Urteil
- Der Koalitionsvertrag aus medienpolitischer Sicht
- Schöne Bescherung: Abzocke mit Streaming-Abmahnwelle
- Demokratie 2.0: Vortrag im medienrechtlichen Seminar
- Meinungsbeitrag: Eine Medienpolitik von Großen für Große
- Sinnvolles Konzept für Mehrerträge
- Rundfunkbeitrag anpassen
- England: Pressefreiheit am Pranger
- Medienpolitische Tagung der Otto-Brenner-Stiftung
- Der ZDF-Staatsvertrag vor dem Verfassungsgericht
- Verluste für die Pressevielfalt

Fluglärm

- PM von Mittwoch zum Koa-Vertrag in Hessen
- Verhandlungsergebnis von Schwarz-Grün in Hessen
- LDV-Antrag: Lärmschutz auf EU-Ebene angehen
- Zur Diskussion um die Abschaffung der Luftverkehrsabgabe
- Trauriges Jubiläum: Zwei Jahre Nordwestlandebahn

Vor Ort in Rheinland-Pfalz

- Patenschaft für fünf US-amerikanische Studierende
- Tätigkeitsbericht für die Landesdelegiertenkonferenz 2013
- 8. Radroutencheck des VCD

Öffentliche Termine in Rheinland-Pfalz

- „Zukunft Fluglärm Lerchenberg - Gemeinsam für eine Messstation“
- „Abstellgleis MINIJOB - Welche Weichen werden gestellt? – Bundestagsabgeordnete beziehen Stellung“

- "MdB – Was nun?"

Und zum Schluss...

- Lasst uns viele Bälle ins Spiel bringen!

Aus dem Bundestag:

Thematische Zuständigkeiten: Die Ressortverteilung nach dem Mitgliederentscheid hat noch einmal einige Überraschungen mit sich gebracht. So hat die große Koalition das Thema Breitbandausbau aufgewertet und ihm im Verkehrsministerium ein eigenes Teilressort gegeben. Ich bin auch weiterhin für dieses Thema zuständig und wurde deshalb von der Bundestagsfraktion zur Sprecherin für digitale Infrastruktur gewählt. Der Medienpolitik bleibe ich weiterhin treu und bin auch noch zusätzlich zur Obfrau im Kultur- und Medienausschuss gewählt worden. Des Weiteren habe ich je einen stellvertretenden Sitz im Wirtschafts- und im Verkehrsausschuss, wo ich die Themen Kreativwirtschaft und Breitbandausbau federführend verfolge und mich weiterhin auch gegen den Verkehrslärm einbringen werde. Als rheinland-pfälzische Landesgruppe sind wir damit gut aufgestellt innerhalb der Fraktion und decken inhaltlich ein breites Themenfeld ab. Die komplette Liste der Zuständigkeiten für Rheinland-Pfalz hier: <http://bit.ly/19Xxd1w> und für die gesamte Fraktion: <http://bit.ly/1925EqK>

Tagesschau-App: Zukunftsgerichtetes Urteil: Das Gericht stellt fest, was auf der Hand lag: Die App ist nur eine andere Ausspielform des tagesschau-Angebots und daher als Teil des Telemedienkonzeptes der ARD erlaubt. <http://bit.ly/JP9E5e>

Wofür #GroKo steht, wird sich zeigen: Die Vergabe von Ministerposten steht immer besonders im Fokus der Öffentlichkeit. Es ist ja auch spannend zu wissen, wer zukünftig unser Land regiert. Wofür die große Koalition letztlich steht, wird sich jedoch im Laufe der nächsten vier Jahre zeigen. In den bedeutenden Schlüsselressorts habe ich jedoch meine Zweifel. <http://bit.ly/1cybZI4>

GroKo und Co: Union und SPD stehen davor, die Energiewende mit Hilfe von Kohle-Kraft an die Wand zu fahren. Es ist ein Widerspruch in sich: Die Energiewende mit dem Klimakiller Kohle wenden. Ich hoffe sehr, dass Gabriel mehr auf seinen Staatssekretär Rainer Baake als auf die NRW-SPD hört. Baake ist überzeugter Anhänger der Energiewende und war schon unter Jürgen Trittin im Bund und Joschka Fischer in Hessen Staatssekretär. Bei der Wahl von Alexander Dobrindt zeigt sich jedoch: Parteiproporz geht oft vor Sachkompetenz. Meine Stellungnahmen zum Koalitionsvertrag und zur Kabinettsliste: <http://bit.ly/1cybZI4> und <http://bit.ly/1bMITHn>

Landesgruppe Rheinland-Pfalz konstituiert: In der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN hat sich die Landesgruppe der rheinland-pfälzischen MdBs für die 18. Legislaturperiode konstituiert. Ich darf wieder den Vorsitz übernehmen. Als stellvertretenden Vorsitzenden haben wir Dr. Tobias Lindner, Wahlkreis Südpfalz, gewählt. Weiteres Mitglied der Landesgruppe ist Corinna Rüffer. Die Trierer Abgeordnete ist neu in den Bundestag eingezogen. <http://bit.ly/1bxddG0>

Medien aktuell:

Schnelles Internet für alle - (K)ein Grundrecht? 3sat zum Breitbandausbau: Das neue Bundesministerium für digitale Infrastruktur hat einen Haufen Arbeit vor sich. Das zeigt eindrucksvoll der Beitrag von 3sat zum Ausbau des schnellen Internets. Die Sendung, zeigt eindeutig, dass der bisherige Ansatz, auf den Markt zu setzen, nicht funktioniert. Ich stelle in dem Beitrag unter anderem

unser Konzept zum Universaldienst vor. Wer also mal eben eine gute Einführung in die Thematik haben will, ist hier bestens bedient: <http://bit.ly/1kp8GKx>

Der Koalitionsvertrag aus medienpolitischer Sicht: Insgesamt lässt die Richtung des Koalitionsvertrags nur einen Eindruck entstehen: Hier handelt es sich um eine Medienpolitik von Großen für Große. Die mächtigen Medienunternehmen profitieren, die Arbeitsbedingungen der JournalistInnen spielen keine Rolle. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass das Leistungsschutzrecht bleibt, vom Presseauskunftsrecht jedoch keine Rede mehr ist. <http://bit.ly/18NUJhj> Der Breitbandausbau steht zwar ganz oben auf der Agenda, doch ohne Moos nichts los. Einzige Lichtblicke sind die geplante gesetzliche Verankerung des Presse-Grosso und die (Wieder-)Einführung der Pressestatistik. <http://bit.ly/1cAQ72u> <http://bit.ly/1fAKiCt>

Schöne Bescherung: Abzocke mit Streaming-Abmahnwelle: Die Verunsicherung der Verbraucher hat mit der Redtube-Abmahnwelle neuen Anschub bekommen. InternetnutzerInnen stehen nun wieder vor der Frage: Was dürfen wir im Netz? Ist das Ansehen eines You-Tube-Videos schon strafbar? Streaming gehört zum Alltag der Internetnutzung dazu. Die Unklarheiten müssen daher schnellstens ein Ende finden. Es bedarf dringend eines klarstellenden Urteils, dass Streaming nach § 44a UrhG erlaubt ist. Das Urheberrecht darf nicht missbraucht werden, um unbedarften VerbraucherInnen das Geld aus der Tasche zu ziehen. <http://bit.ly/1frBqhU>

Demokratie 2.0, Vortrag im medienrechtlichen Seminar: Ich war vom Institut für Rundfunkrecht der Universität zu Köln eingeladen worden, bei einem Praktikerseminar einen Vortrag zum Medienrecht zu halten. Das Thema: „Demokratie 2.0 ? – Erfahrungen mit der Entwicklung des demokratischen Diskurses im digitalen Zeitalter“. Hier eine Kurzfassung meines Vortrags: <http://bit.ly/JOZSjl>

Meinungsbeitrag, Eine Medienpolitik von Großen für Große: Das Magazin „pro media“ hatte mich gebeten, die Medienpolitik der Großen Koalition im Koalitionsvertrag zu bewerten. Hier könnt Ihr den Beitrag nachlesen: <http://bit.ly/1bUPLm8>

Sinnvolles Konzept für Mehrerträge: Die Ministerpräsidenten der Länder sollten den Rundfunkbeitrag ab 2015 senken und damit den Empfehlungen der KEF folgen, die Mehreinnahmen zu verteilen. Die Länder außerdem müssen ein sinnvolles Konzept für die Verwendung vorweisen, das idealerweise auch dem Bürger zugutekommt – etwa beim Programm. <http://bit.ly/1gKo0Bw>

Rundfunkbeitrag anpassen: Wenn sich die von der KEF prognostizierten Mehreinnahmen bei den Rundfunkbeiträgen der öffentlich-rechtlichen Sender bestätigen, muss der Rundfunkbeitrag selbstverständlich sinken. Es kommt mehr als genug Geld in die Kassen. Das zeigt, dass das Finanzierungsmodell funktioniert und den öffentlich-rechtliche Rundfunk auf eine stabile Grundlage stellt. Die öffentlich-rechtlichen Sender sollten die jüngsten Reaktionen allerdings zum Anlass nehmen, an ihrer Transparenz zu arbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, mehr über ihren Rundfunk zu erfahren. Auch bei Verwaltung und Verfahren müssen die Sender klare Signale in Richtung Neuorganisation und Transparenz setzen. <http://bit.ly/1bvI0iZ>

England: Pressefreiheit am Pranger: Anfang Dezember wurde der Guardian-Chefredakteur Alan Rusbridger vor den Innenausschuss des britischen Parlaments zitiert. Diese Befragung glich dem Verhör eines Schuldigen! Schon zuvor hatte sich die britische Presse Vorwürfe des Premiers David Cameron gefallen lassen müssen. Es mangle ihr an gesellschaftlicher Verantwortung, weil sie durch ihre Enthüllungen der Geheimdienstaktivitäten die Staatsicherheit gefährde (<http://bit.ly/1d7Zzlz>). Dass Journalisten – ohne Anhaltspunkte für eine Gefährdung – von Regierungen so unter Druck gesetzt werden, ist nicht hinnehmbar. Großbritannien muss sich als Land Europas klar zur Pressefreiheit und der europäischen Grundrechtecharta bekennen. Dies einzufordern, ist auch Aufgabe der EU. <http://bit.ly/1iyWZCq>

Medienpolitische Tagung der Otto-Brenner-Stiftung: Bei der diesjährigen medienpolitischen Tagung der Otto-Brenner-Stiftung nahm ich als Podiumsgast an der Diskussion zu "Chancen und Grenzen der Kontrollgremien im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem" teil. Erstmals saß ich zu einem Thema mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Beck zusammen auf dem Podium, mit dem ich ja eine öffentliche Debatte zur Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zum ZDF-Staatsvertrag hatte. Durch die mündliche Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht, die eine Woche vorher stattgefunden hatte, erhielt die Tagung zusätzliche Aktualität und medienpolitische Relevanz. <http://bit.ly/1ba5LgL>

Der ZDF-Staatsvertrag vor dem Verfassungsgericht: Vier Jahre nach der Brender-Affäre wurde nun in Karlsruhe am 5. November 2012 darüber verhandelt. Damals hatte der hessische CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch dafür gesorgt, dass der Vertrag des Chefredakteurs Nikolaus Brender nicht verlängert wurde. Für mich als frühere Journalistin war schnell klar, dass wir den ZDF-Staatsvertrag vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen müssen. Wir GRÜNE wollen einen staatsfernen, unabhängigen Rundfunk, daher initiierten wir die Klage. Nun bleibt das Urteil aus Karlsruhe abzuwarten. Dank der vielen kritischen Fragen des BVerfG ist jedenfalls schon deutlich geworden, dass die Konstruktion der Gremienbesetzung und die Einflussmöglichkeiten des Rundfunkrats politische Einflussnahme ermöglichen. Meinen Meinungsbeitrag auf carta.info dazu findet Ihr hier: <http://bit.ly/19BMh4H>.

Verluste für die Pressevielfalt: Die Konzentration in der Medienbranche greift weiter um sich. Die Madsack-Gruppe hat beschlossen, ihre 18 Regionalblätter in Zukunft nur durch eine Zentralredaktion mit überregionaler Berichterstattung beliefern zu lassen. <http://bit.ly/1bMQZjm>. Ein herber Verlust für die Medienvielfalt in Mainz ist auch die Einstellung der Mainzer Rhein-Zeitung zum Jahresende. <http://bit.ly/1bMaw00>

Fluglärm:

Schwarz-Grün in Hessen: Die Lärmproblematik in der Region rund um den Frankfurter Flughafen wurde von den vorherigen hessischen Landesregierungen weitgehend ausgeblendet. Vielmehr wurden die Weichen für den weiteren Ausbau in der Vergangenheit gestellt, so dass es nicht einfach ist, das weitere Wachsen zu stoppen. Nun will man sich erstmals in einer schwarz-grünen Koalition in Hessen dieses Themas wirklich annehmen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Weitere Schritte müssen aber im Regierungshandeln folgen. <http://bit.ly/1cgy5UU>

Verhandlungsergebnis von Schwarz-Grün in Hessen: Die Regierungsbeteiligung in Hessen ist zwar an sich erfreulich, das Verhandlungsergebnis zum Fluglärm aber sehr umstritten. Die meisten Bürgerinitiativen sind enttäuscht, dass die GRÜNEN ihre Forderungen aus dem Wahlkampf nicht vollständig umgesetzt haben. Wir sind weder auf Bundes- noch auf Landesebene als Gewinner aus den Wahlen hervorgegangen. Da kann man von uns auch keine Wunder erwarten. Eines steht aber fest: Mit Schwarz-Rot in Hessen wäre alles beim Alten geblieben, inklusive Lärmsteigerung. Verbesserungen wird es nur mit einer grünen Regierungsbeteiligung geben.

Lärmschutz auf EU-Ebene angehen: Auf unserem Landesparteitag am 30. November haben wir GRÜNE aus Rheinland-Pfalz den Antrag beschlossen „Schutz vor Fluglärm auf der EU- und Bundesebene durch einheitliche Lärmwerte konkret umsetzen“. Denn das Lärmproblem kann nicht allein auf Landesebene gelöst werden, es müssen dringend die Weichen auf EU- und auf Bundesebene gestellt werden. Die Europawahl in fünf Monaten ist daher eine außerordentlich wichtige Wahl für unsere Region. Den kompletten Antrag findet Ihr hier: <http://bit.ly/19BTL7W>

Zur Diskussion über Flugverkehr während der Koalitionsverhandlungen im Bund: SPD und CDU sahen während der Koalitionsverhandlungen die Abschaffung der Luftverkehrsabgabe vor, wie es in

einem Zwischenstand des Koalitionsvertrages zu lesen war. Glücklicherweise hat sich die Koalitionsrunde letztendlich aus fiskalischen Gründen dagegen entschieden. Warum es aus meiner Sicht Zynismus pur gewesen wäre, die Luftverkehrsabgabe nach drei Jahren wieder zurückzuziehen, könnt ihr hier lesen: <http://bit.ly/1bJzQUj> und <http://bit.ly/1hg8wTd>. Wirksame gesetzliche Regelungen für mehr

Fluglärm sind auf Bundesebene für die nächsten vier Jahre nicht zu erwarten. Die geplante stärkere Spreizung der Tag- und Nachtstarife sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. <http://bit.ly/18wnGmY> Was fehlt, ist der politischen Wille: <http://bit.ly/1kRjCOj> Oft überlagern sich verschiedene Lärmquellen von Flugzeugen, Straßen und Schienenwegen. Die Gesetzgebung muss so geändert werden, dass die Gesamtbelastung betrachtet wird. <http://bit.ly/JC78Pw>

Trauriges Jubiläum: Zwei Jahre Nordwestlandebahn: Der 21. Oktober versinnbildlicht als Jahrestag der Einweihung der Nordwestlandebahn des Flughafens Frankfurt den Tag des Lärms für die Anwohner*innen. Jedoch macht machen die Flugzeuge jeden Tag Krach. Seit der Inbetriebnahme ist kaum etwas geschehen, um die Menschen in der Rhein-Main-Region vor Fluglärm zu schützen. Auch die von den Koalitionsparteien angekündigten Verbesserungen für den Schutz vor Fluglärm bewegen sich im Millimeterbereich <http://bit.ly/1jaVJ97>

Vor Ort in Rheinland-Pfalz:

Patenschaft für fünf US-amerikanische Studierende: Vom Bundestagspräsidenten wurde ich ausgewählt, die Patenschaft für fünf Studierende aus den USA zu übernehmen. Zum ersten Kennenlernen hatte ich die fünf US-AmerikanerInnen eingeladen, erst zu Kaffee und Kuchen, dann zu einer kleinen Stadtführung und anschließend zum Glühwein auf den Weihnachtsmarkt. <http://bit.ly/1dIUiaU>

Tätigkeitsbericht für die Landesdelegiertenversammlung 2013: Zum Parteitag der GRÜNEN Rheinland-Pfalz am 30. November in Betzdorf haben Tobias Lindner und ich den gemeinsamen Tätigkeitsbericht 2012 veröffentlicht. <http://bit.ly/1aUJnYH>.

8. Radroutencheck des VCD: Zusammen mit einigen Radfahr-Aktiven erkundete ich Ende November mit dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) das Mainzer Radroutennetz. Resümee unserer Tour: Das Rad kann in Mainz auch bei Dunkelheit und schwierigen Wetterbedingungen genutzt werden. Führung, Ausbau und Beschilderung der Routen sind aber noch verbesserungsbedürftig. <http://bit.ly/1kziHC8>

Öffentliche Termine in Rheinland-Pfalz:

„Zukunft Fluglärm Lerchenberg - Gemeinsam für eine Messstation“: Die Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen Fluglärm Mainz-Lerchenberg ist am Dienstag, 21. Januar 2014 um 20 Uhr im Bürgerhaus Lerchenberg. Thema ist neben der Einflussmöglichkeit von Politik und Gesellschaft das Eintreten für eine kalibrierte Messstation auf dem Lerchenberg. <http://www.fluglaerm-mainz-lerchenberg.de/>

„Abstellgleis MINIJOB - Welche Weichen werden gestellt? – Bundestagsabgeordnete beziehen Stellung“: Am 23. Januar nehme ich an einer Gesprächsrunde teil, die sich der Leitfrage widmet: „Was ist politisch zu ändern, damit eine Existenzsicherung durch Arbeit gewährleistet werden kann?“ Die Kooperationsveranstaltung des Referats Berufs- und Arbeitswelt im Bistum Mainz, des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN und des DGB Rheinland-Pfalz findet ab 17 Uhr im Haus am

Dom in Mainz statt. Bis 18. Januar kann man sich online für die Teilnahme anmelden:
<http://bit.ly/1kOz6Th>

"MdB - was nun?": Die Podiumsdiskussion mit den Mainzer Abgeordneten Ursula Groden-Kranich (CDU), Michael Hartmann (SPD) und mir dreht sich um die Pläne und Vorstellungen der Abgeordneten für die neue Legislaturperiode – gerade auch was die Region Mainz betrifft. Beginn am 5. Februar ist um 19 Uhr im Kolpinghaus Mainz. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Und zum Schluss...

Gut angekommen ist wie immer unsere Wahlkreisfahrt nach Berlin. Drei Mal im Jahr kann jedes Mitglied des Bundestags 50 Personen aus dem Wahlkreis auf eine politische Bildungsfahrt einladen. In Zusammenarbeit mit dem Bundespresseamt heißt es dann vier Tage politische Bildung von morgens bis abends. Ein Bericht über unsere Novemberfahrt : <http://bit.ly/lPne7G>

Für die Fahrten 2014 gibt es noch einige freie Plätze. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind die Hin- und Rückfahrt im ICE, Übernachtung im Drei-Sterne-Hotel und die Mahlzeiten kostenlos. Bei Interesse können sich Bürgerinnen und Bürger in meinem Regionalbüro melden, das telefonisch unter 0631 31090226 oder per Email unter der Adresse kaiserslautern@tabea-roessner.de erreichbar ist.

Ich freue mich sehr darauf, im neuen Jahr endlich mit ganzer Kraft loslegen zu können. Davor lasst uns alle nochmal die Akkus aufladen. Meine MitarbeiterInnen und ich sind ab nächster Woche im Weihnachtsurlaub. Ab Montag, 6. Januar 2014 sind wir wieder für Euch da.

Wir wünschen Euch eine schöne, erholsame Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Auf dass wir trotz der schwierigen Lage auf Bundesebene viele Bälle ins Spiel bringen und grüne Zeichen setzen ...

